



Extra-Ausgabe zum 1. Mai

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen

DKP

Siemens & Co:

Mitbestimmung in Zeiten von Corona

Mitbestimmung in Zeiten von Corona

Seit Jahrzehnten gehört die Siemens AG zu den weltweit größten Herstellern von Energieanlagen, von der Ausrüstung für die Öl- und Gasindustrie über Kraftwerke bis hin zu Stromnetzen. Und es war nie ein Geheimnis, dass in diesem Geschäftszweig Jahr für Jahr Milliarden Gewinne realisiert werden konnten – zur Freude der Anleger. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung dagegen verblieben bei mageren 6 % der Umsatzerlöse auch dann noch, als die Energiewende bereits in erste Gesetze gegossen wurde, und Hunderttausende für alternative Energieerzeugung demonstrierten. Ein wenig Produktpflege hier, ein bisschen Effizienzsteigerung bei den Gasturbinen dort, aber der große Wurf blieb aus. Im Mai 2019 verkündete Vorstandsvorsitzender Joe Kaeser die Ausgliederung der Energiesparte aus der Siemens AG. Die Margen seien zu niedrig und die Investitionskosten für die Energiewende zu hoch.

Seitdem sind an allen Standorten insgesamt über 4.000 Arbeitsplätze vernichtet worden, drei Interessenausgleiche über die Be-

triebe hinweggerollt, es folgte der Betriebsübergang zum Jahreswechsel, der mehrmalige Austausch der Vorstände, diverse Umstrukturierungen, und an einigen Standorten waren sogar Neuwahlen der Be-



triebsratsgremien notwendig. Nur eines hat sich nicht geändert: Ein Masterplan für die Zukunft der Energieerzeugung und die entsprechenden Investitionen sind nicht in Sicht, der Renditedruck steigt enorm und es sind weitere Arbeitsplätze in Gefahr. In dieser Situation interessierten sich spürbar mehr Kolleginnen und Kollegen für die Vorschläge der IG Metall zum Umbau der Industrie, für einen demokratischen, sozialen und

Fortsetzung Seite 2

Aufruf der DKP Heraus zum 1. Mai: Trotz Corona Wir sind sichtbar!

Wir sagen: Abrüsten statt aufrüsten. Wir brauchen das Geld für Soziales, Bildung und Kultur!

Wir sagen: Sicherung der Arbeitsplätze, Sonderabgabe auf hohe Einkommen und Vermögen, Gewinnabschöpfung bis hin zur Ver gesellschaftung der großen Konzerne!

Wir sagen: Hände weg von unseren demokratischen Rechten, Hände weg vom Grundgesetz!

Wir sagen: Überführung des Gesundheitsbereiches in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle!

Wir sagen: Weg mit den Sanktionen und Hoch die internationale Solidarität!

Wir sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Wer grundsätzlich etwas ändern will, muss den Kapitalismus in Frage stellen.

Alles hier:

<https://www.unsere-zeit.de.unsere-zeit.de/heraus-zum-1-mai-trotz-corona-wir-sind-sichtbar>

Was steht noch in diesem Erlanger Rot?

Kommt zur Mai-Kundgebung in Erlangen von 12:00 Uhr bis 13:00 Uhr am Neustädter Kirchplatz - Aufruf auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 1:
Mitbestimmung...

ökologischen Zukunftspakt. Die beginnenden Tarifgespräche weckten Hoffnung auf eine stärkere gemeinsame Interessenvertretung. Und dann kam Corona.

Nach fünf Wochen Ausnahmezustand im Betrieb ist noch keine Zeit zum Durchatmen. Alles ist anders, weil so viele Probleme gleich geblieben sind. Gerade deswegen sollten wir uns die Zeit für Erfahrungsaustausch und erste Bilanzierung nehmen.

Gesundheitsschutz für die Beschäftigten hat oberste Priorität.

In allen Betrieben, die nicht durch die Regierung geschlossen wurden, müssen zum Schutz der Beschäftigten Maßnahmen getroffen werden. Diese sind nach dem Betriebsverfassungsgesetz mitbestimmungspflichtig und erfordern die Einbeziehung des Betriebsrats.

Mit der Betriebsleitung sind eine Reihe von Fragen zu klären, möglicherweise auch täglich neu. Welche Tätigkeiten müssen zwingend im Betrieb geleistet werden? Welche Schutzmaßnahmen sind für diese Arbeit zu organisieren? Wie kann sichergestellt werden, dass besonders gefährdete Kolleginnen und Kollegen aus Risikogruppen bezahlt von der Arbeit freigestellt werden? Wer kann im Home Office arbeiten? Welche Arbeitsmittel benötigt sie dazu? Welche besonderen physischen und psychischen Belastungen ergeben sich aus dieser „Heimarbeit“ und wie können sie reduziert werden?

Auch und gerade beim Gesundheitsschutz geht es immer wieder um die Kosten. Klar ist aber auch: Wo gearbeitet wird, gelten Arbeitsschutzgesetz und Mitbestimmung. Wo gearbeitet wird, werden die Kosten aus Betriebsmitteln bestritten, und nicht aus den Taschen der Beschäftigten!

Die Betriebsräte müssen arbeitsfähig bleiben.

Das Betriebsverfassungsgesetz schreibt aus gutem Grund vor, dass Betriebsratsbeschlüsse nur in Anwesenheit aller Betriebsrät*innen gefasst werden dürfen. Diese so genannten „Präsenzsitzungen“ sind in vielen Betrieben derzeit nicht möglich. Der Bundesarbeitsminister hat vorgeschlagen, vorübergehend auch Telefon- und Videokonferenzen zuzulassen, die IG Metall hat sich dieser Sichtweise angeschlossen. Davon ausgehend sollte es überall möglich sein, beschlussfähige Gremien einzuberufen. Allerdings deckt das nur einen Teil der notwendigen Arbeit ab.

Eine große Schwierigkeit steckt derzeit darin, die Kolleginnen und Kollegen überhaupt noch zu erreichen. Ohne elektronische Kommunikation geht nichts mehr, wenn aus unterschiedlichen Gründen ein großer Teil der Belegschaft nicht mehr im Betrieb anzutreffen ist. Daher benötigen unter Umständen weit mehr Betriebsrät*innen als bisher neue Arbeitsmittel wie Notebooks, Webseiten, Social Media Auftritte, Email-Verteiler und Mobiltelefone. Der direkte Kontakt zur Belegschaft und der Aufbau von Kommunikationsnetzwerken sind unabdingbar. Das gilt übrigens auch für die gewerkschaftlichen Funktionäre im Betrieb, denen der elektronische Weg oft untersagt wird. Was aber soll der Aushang am „Schwarzen Brett“, wenn dort niemand mehr vorbeigeht?

Solidarität muss organisiert werden!

Unter schwierigsten Bedingungen und großem Zeitdruck haben die Tarifkommissionen der IG Metall einen „Solidartarifvertrag“ abgeschlossen. Geregelt sind Weitergeltung der Entgelttarife, der Ausbau der Kurzarbeit statt Entlassungen, die Möglichkeit für Eltern in der Kinderbetreuung, bis zu 13 Tage von der Arbeit freigestellt zu werden, sowie ein Finanzierungs-

beitrag von 350 Euro pro Beschäftigtem, der nach Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung zur Abfederung sozialer Härten verwendet werden soll. Diese Lösungen sind gut, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Schon jetzt ist klar, wir brauchen für Kolleginnen und Kollegen, deren Betriebe insolvent werden, für Beschäftigte in Kurzarbeit, für betrieblichen Gesundheitsschutz, für Beschäftigte in Kinderbetreuung und Angehörigenpflege weitaus mehr Vereinbarungen. Betriebsrät*innen, Vertrauensleute und Tarifkommissionen sollten sich nicht scheuen, notwendige Maßnahmen einzufordern. Der „Schutzschirm“ der Bundesregierung für die Konzerne ist mit enormen Summen gefüllt. Die Auszahlung muss an Bedingungen geknüpft werden, die Arbeitsplätze, Einkommen und Gesundheit sichern.

Erfahrungsaustausch und Kommunikation über Betriebsgrenzen hinweg wäre jetzt notwendig. Solidarität muss organisiert werden.

Isa Paape
Betriebsrätin und Vertrauensfrau
Siemens Gas and Power GmbH
Erlangen



8. Mai zum Feiertag machen!

Was 75 Jahre nach Befreiung vom Faschismus getan werden muss!



Homepage:

www.vvn-bda.de

Facebook:

<https://www.facebook.com/VVNBdA/>

Instagram:

<https://www.instagram.com/vvnbdada/>

Twitter:

https://twitter.com/vvn_bda

Esther Bejarano & VVN-BdA e.V. haben diese Petition an Angela Merkel und andere gestartet:

Ich überlebte als Mitglied des „Mädchenorchesters“ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 75 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Ravensbrück der SS entkommen. Ich bin Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Dies schrieb ich in einem offenen Brief am 26. Januar 2020 „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“.

Die militärische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt.

Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:

- AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten,
- das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden, ihre Netzwerke in Polizei, Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,
- einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden,
- Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen,
- die Logik des Militärischen zu durchbrechen und Waffenexporte zu verhindern und
- die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai. Deshalb: Achter Mai – arbeitsfrei! Zeit für Antifaschismus!

Esther Bejarano und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Unterschreiben können Sie hier:

<https://www.change.org/p/8-mai-zum-feiertag-machen-was-75-jahre-nach-befreiung-vom-faschismus-getan-werden-muss-tagderbefreiung-bkagvat-bundesrat/u/26359797>

Corona und Desperado

Nein es geht nicht um Bier. Wer an den alten Spielfilm denkt, kommt der Sache schon etwas näher. Es geht um Arbeit und Frieden – Arbeit für den Frieden in Zeiten von Corona und politisches Abenteuerium, Banditentum gegen den Frieden.

Meine KollegInnen in der Altenpflege und Demenzbetreuung, Haustechnik, Verwaltung und Hauswirt, arbeiten zur Zeit nach strengen Hygienerichtlinien, anfangs unter großem Mangel an Mund-Nase-Bedeckungen und anderem Hygienematerial. Vom Klat-schen von Balkonen oder gar Musik für die ach so tapferen „Pflegerlein“ ist schon lange nichts mehr zu hören, der großspurig angekündigte bay-rische Pflege-Bonus erstickt im Bürokratismus. Der Arbeitgeber würde in Haftung genommen und prüft drei-fach die Anspruchsberechtigung, be-avor er seinen Mitarbeitern ein Schreiben zuschickt, mit dem sie dann jede für sich diese Boni bis Ende Mai beantragen müssen! Anspruchsberechtigt sollen bis jetzt in unserem Haus anscheinend nur die direkt als Pflegefachkraft oder Pflege(fach)helfer angestellten Kolle-gInnen sein. Gerade die KollegInnen im Sozialen Dienst (Gerontopsychi-atrie Fachkräfte und Betreuungssas-sisten), die zur Zeit neben der Betreuung nach Wochenplan auch die Kontaktsperre zu Angehörigen auffangen müssen, drohen mit wei-teren oben erwähnten KollegInnen hinten runter zu fallen. Dem Be-triebsfrieden dient diese staatliche Ungleichbehandlung sicher nicht. Wohlschmeckende Mahlzeiten, klei-ne kulinarische Extras, aber auch sau-berere Schlaf- und Tagesräume, saubere Bekleidung und Bettzeug, sind für die körperliche und seelische Gesundheit gerade jetzt „systemrele-

vant“ - also auch die Arbeit dieser KollegInnen!

Ich wäre auch dieses Jahr wieder mit anderen Friedensfreunden aus dem Erlanger-Bündnis für den Frieden und aus unseren Partnerstädten zum Ostermarsch gegangen – er wurde lei-der auf der Straße abgesagt und ins Internet verlegt.

<https://www.ostermarsch.de/>

Daran habe ich mit einem Friedens-Foto teilgenommen.

Auch für den Ersten Mai, der laut DGB <https://www.dgb.de/erster-mai-tag-der-arbeit> ebenfalls nicht wie in gewohnter Form stattfinden soll, ha-ben sich schon KollegInnen in Erlan-gen etwas ausgedacht. Mehr dazu in diesem Erlanger Rot auf Seite 8.

Während wir also täglich weitgehend auf die gewohnte Teilhabe am öf-fentlichen Leben verzichten müssen, um das Leben unserer Liebsten und der uns anvertrauten Menschen zu schützen, sorgt sich die Bundesregie-rung um die nukleare Teilhabe Deutschlands. Nukleare Teilhabe heißt, wenn Trump sich mal zu viel Desinfektionsmittel gespritzt hat, „dürfen“ Bundeswehrflieger amerika-nische Atombomben z.B. auf Moskau werfen. Diese „Sorge um Teilhabe“ gipfelte in der Zusage von „Kampf-Knarrenbauer“, trotz des Wider-stands aus der SPD, für die Beschaf-fung von F-18-Kampffjets des US-Flugzeugbauers Boeing zusätzlich zu Eurofightern von Airbus. Das Mi-nisterium will demnach die veraltete

Reform der Straßenverkehrsordnung - Forderung der DKP an die Stadt

Die Bundesregierung hat es be-schlossen, der Bundesrat bereits zugestimmt, dass es neue Verkehrs-regeln und auch Verkehrsschilder geben wird. Das Gesetz muss nur noch im Bundesgesetzblatt veröf-fentlicht werden, damit es in Kraft treten kann. Das bedeutet vor allem notwendige Veränderungen, was Überholmanöver von Fahrrädern angeht. Innerorts ist mit diesem Ge-setz ein Mindestabstand gegenüber dem Fahrrad von 1,50 m, außerorts von 2 m vorgeschrieben. Es gibt da-zu auch ein neues Verkehrszeichen, das ein Überholverbot für zwei- und einspurige Fahrzeuge anzeigt.

Die DKP Erlangen fordert von der Stadt, alle Strassen zu prüfen, ob überhaupt solche Mindestabstände eingehalten werden können, an-sonsten sollten dringend kurzfristig entsprechende Überholverbots-schilder aufgestellt werden.

Tornado-Flotte der Luftwaffe mit bis zu 93 weiteren Eurofighter-Jets sowie 45 F-18-Kampfflugzeugen ablösen. Dann sollen nach Vorstellung dieser Desperados bestimmt auch Atom-Bomben aus Büchel in Rheinland-Pfalz das Corona-Virus ausrotten - wenn der Wirt weltweit zugrunde geht, geht höchstwahrscheinlich auch das Corona-Virus ein.

Mario Bock



www.dkp-erlangen.de



Die Mutlosen im Stadtrat

Die Kommunalwahlen waren am 15. März, und auch die Stichwahlen um das Amt des Oberbürgermeisters sind schon bald sechs Wochen her, doch die „Regierungsbildung“ in Erlangen schleppt sich hin. Dabei sind die Wählerwünsche gar nicht so schwer zu entschlüsseln.

Vergleicht man die Stimmenzuwächse der einzelnen Parteien mit den Ergebnissen der letzten Wahl, dann sind die Gewinner:

Grüne / Grüne Liste: + 200.227
 Klimaliste (erstmalig angetreten): + 84.512
 ÖDP: + 33.516
 erlanger linke: + 10.721
 CSU: + 45.755

Zwar hat auch die CSU hinzugewonnen, die Stimmenzuwächse für das linke, soziale, demokratische und ökologisch orientierte Lager aber sind um 328.976 Stimmen angewachsen. Das ist also nur der Zuwachs, insgesamt kommt das Lager auf eine Stimmenanzahl von 772.406 und hat damit deutlich mehr Wähler gefunden als die CSU.

Verlierer ist die SPD. Sie erhielt 55.351 Stimmen weniger als bei der vorhergehenden Wahl, und wo die Wähler*innen hingewandert sind, dürfte auch klar sein. Oberbürgermeister Janik hat bei der Stichwahl noch einmal eine Chance bekommen, die, wie er im Interview bekannte, „eigenen Fehler“ nicht zu wiederholen. Die lagen bekanntlich darin, mehrmals den Bürger*innenwillen gering geschätzt zu haben, um nicht zu sagen, ihn missachtet zu haben. Die wenigen Nachrichten, die aus dem Rathaus dringen, verheißen für die Umsetzung des Wähler*innenwillens allerdings nichts Gutes. Augenblicklich sind wir offensichtlich nicht mal mehr

wert, einige Informationen zum Gesprächsstand zu erhalten. Man werde uns „bei passender Gelegenheit“ unterrichten, lässt der unterlegene OB-Kandidat Jörg Volleth der Presse mitteilen. Die meisten potentiellen Gesprächspartner aus dem Gewinnerlager Links – Ökologisch – Sozial – Demokratisch sind wohl alle schon ausgeschieden.

Da sitzen sie nun, die Mutlosen aus SPD, CSU und Grünen. Die SPD findet nicht den Mut, die Bürger*innen ernst zu nehmen, die Grünen finden nicht den Mut, eine ordentliche Oppositionspolitik gemeinsam mit den anderen Gewinnern zu machen, und Volleth hat nicht den Mut, seiner Partei zu sagen, dass die CSU eigentlich auch verloren hat. Wir müssen uns wohl auf sechs Jahre außerparlamentarische Opposition einstellen, gemeinsam mit vielen Gewinner*innen der Wahl, Seite an Seite mit veränderungswilligen Bürger*innen, und wahrscheinlich meistens gegen die Mutlosen in den Regierungssesseln.

Isa Paape

Sie dachten, sie wären an der Macht. Dabei waren sie nur an der Regierung.



Kurt Tucholsky

Stadtratsmehrheit will von der "Hupfla" nichts mehr hören

Von Johannes Pöhlmann, Stadtrat der „erlanger linke“

Das Aktionsbündnis „Gedenken gestalten – HUPFLA erhalten“ kämpft seit Jahren um diesen letzten erhaltene Krankenbau der ehemaligen "Heil- und Pflegeanstalt". Als Gedenkort der Nazi-Krankenmorde und als landesweit bedeutendes Denkmal. Angesichts der Corona-Krise hat das Aktionsbündnis den Stadtrat aufgefordert, den demnächst drohenden Abriß der halben "HUPFLA" aufzuschieben.

Weil die Klinik die Räume in diesem Altbau möglicherweise kurzfristig benötige. Die erlanger linke übernahm das als Antrag im Stadtrat. Die Debatte war ein echter Höhepunkt. Für die Übernahme des Antrags wurde ich als Stadtrat wüst beschimpft.

Kittel(FDP): "Unanständig",
 Thurek(CSU): "Unverschämt",
 Höllerer(CSU): "Unmoralisch, solche Anträge zu stellen".
 Selbst Höppl(ÖDP) musste mit einstimmen.



Johannes Pöhlmann © privat

Der von einer großen Koalition der Empörten so Gescholtene entgegnete, man habe nicht nur ihn, sondern auch das Aktionsbündnis beleidigt. Darauf gab es eine Lektion in Staatsbürgerkunde: Das Aktionsbündnis sei guten Willens, und wisse es nicht besser, aber "Sie als Stadtrat" "tragen Verantwortung". Der Stadtrat als Kindergarten-Onkel der dummen Bürger. Toll, welchen Respekt die aktiven Bürger dieser Stadt genießen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Ingrid Greif ist Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Münchener städtischen Kliniken

Ein Gruß direkt aus der Klinik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde

nachdem ich eine Zeit untergetaucht bin, möchte ich mich bei Euch melden und kurz erzählen.

Bei uns herrscht der Ausnahmezustand, wie Ihr Euch sicher vorstellen könnt. Wir Betriebsräte haben uns zum Teil in unsere Klinik-Abteilungen zurückgemeldet und versuchen nun, unsere Dienste zu kombinieren mit der Betriebsratsarbeit. Und auch dort herrscht Ausnahmezustand, es wird sich seitens der Klinikleitung so gut wie an kein Gesetz mehr gehalten.

Nun werden wir ja als die Held*innen der Nation gefeiert und von den Balkonen beklatscht, das ist falsch.

Wir sind eigentlich zu Superheld*innen aufgestiegen, denn nur so lässt es sich erklären, dass wir ohne ausreichende Schutzkleidung die Patient*innen betreuen können.

Wir sind Superheld*innen, weil wir uns zerteilen können, nur so lässt es sich erklären, wie demnächst all die vielen Beatmungsgeräte bedient werden und vor allem die beatmeten Patient*innen versorgt werden können mit dem wenigen Personal, das am Start ist.

Es wird von uns automatisch erwartet, dass wir jetzt einfach da sind und zu allem bereit sind. Auf Zuruf auf anderen Stationen, in anderen Häusern zu arbeiten - egal ob wir uns da auskennen oder nicht, 12-Stundenschichten fahren (und das unter den erschwerten Bedingungen mit Maske und Schutzanzügen), den Urlaub sperren lassen, nach Hause gehen, wenn gerade mal weniger zu tun ist, aber auf Abruf sofort zu Hause alles liegen und stehen lassen und in die Klinik zu eilen.

Als Wertschätzung für diese Arbeit bekommen wir ab Mittwoch:

Das Kantinenessen umsonst. Na danke schön!

Wir haben unseren Humor nicht verloren, es wird weiter viel gelacht und je schlimmer es wird, umso mehr lachen wir. Das ist so und das hält uns.

Aber auch wir machen uns Sorgen - um unsere Gesundheit, unsere Angehörigen, denen wir die vielleicht die Krankheit nach Hause bringen. Sorgen darum, wie es sein wird, wenn unsere Kliniken volllaufen und wir die Versorgung gar nicht mehr hinbekommen, Ja, und wir haben unendlich Angst vor einer Situation, wie sie in anderen Ländern schon da ist, nämlich dass entschieden werden muss, wer an die Maschine darf und wer mit Opiaten beim Sterben begleitet wird. All das beschäftigt uns und quält uns.

Aber wir können und wollen nicht dabei stehen bleiben.

Deswegen wenden wir uns an Euch, sagt es Allen:

Hört endlich auf zu klatschen, sondern hängt Transparente und Schilder für unsere Forderungen aus Euren Fenstern und Balkonen!

Wir fordern:

Erschweriszulagen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern von mindestens 500 Euro!

Rücknahme aller Privatisierungen im Gesundheitswesen!

Privatisierung ist Raub und Mord!

Mit den besten Grüßen
Ingrid Greif



Die
DKP - Erlangen
trifft sich regelmäßig
vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE
**KOMMUNISTEN.TV**

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis
für den Frieden
www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag
Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/



Rechte der Lohnabhängigen müssen geschützt werden

Bayerische Regierung höhlt Arbeitszeitgesetz aus

Auf allen Ebenen werden in Zusammenhang mit der Coronakrise die Rechte der Lohnabhängigen angegriffen. Unter anderem stehen die Arbeitszeiten der Beschäftigten, die die Daseinsvorsorge gewährleisten, im Fokus der Angriffe. So hat Bayern am 17. März eine „Ausnahmebewilligung für Ausnahmen von der täglichen Höchstarbeitszeit, den Ruhepausen und Ruhezeiten sowie der Sonn- und Feiertagsruhe“ bis 30. Juni 2020 erlassen. Die Ausnahmebewilligung gilt für „Arbeitnehmer zur Produktion von existentiellen Gütern und für Dienstleistungen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge, die im Zusammenhang mit den Folgen der Ausbreitung des Coronavirus anfallen“.

Seit Jahren schon fordert das Kapital, dass das Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen ausgesetzt wird. Nun wurde unter dem Eindruck der Hamsterkäufe der Testballon gestartet und die Ladenöffnungszeiten aufgeweicht. Anstatt das Personal in den Supermärkten besser zu schützen und für längere Erholungspausen zu sorgen, wird es jetzt noch mit Sonn- und Feiertagsarbeit getriezt, zusätzlich zu den eh schon hohen Belastungen durch Bevorratungskäufe, ständiges Regalauffüllen und Pöbelei wegen Einschränkungen bei bestimmten Lebensmitteln. Doch diese Maßnahme kam auch in der Bevölkerung schlecht an, sodass sogar Supermarktbesitzer sich davon distanzieren.

Weniger bekannt wurde, dass die Arbeitszeiten von täglich über acht bis zehn Stunden hinaus verlängert werden können und die Pausenzeiten verkürzt wurden. Die Mindestdauer für die Pausen beträgt nach dem Arbeitszeitgesetz üblicherweise dreißig Minuten bei einer Arbeitszeit von sechs bis neun Stunden und 45 Minuten ab einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden. Jetzt wurden diese Pausen um je 15 Minuten gekürzt, sodass selbst bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden nur noch 30 Minuten Pause zur Verfügung stehen. In der Realität werden wahrscheinlich viele Beschäftigte in diesen Bereichen ohnehin schon länger arbeiten und auch die Pausen nicht einhalten können, weil die Personaldecke viel zu dünn ist, sei es in den Krankenhäusern, Pflegeheimen oder im Einzelhandel.

Auch die Ruhezeiten von elf Stunden zwischen dem Arbeitsende an einem Tag und dem Arbeitsbeginn am kommenden Tag wurde um volle zwei Stunden verkürzt, so dass jetzt schon nach neun Stunden wieder ein Einsatz aufgebrummt werden kann. Mit Wege- und Reproduktionszeiten (Essen, Duschen und ähnliches) bleibt so viel zu wenig Zeit, um sich wirksam zwischen den Arbeitseinsätzen zu erholen. Dies wird nicht nur die Gesundheit massiv angreifen, sondern ist auch aus Arbeitsschutzgründen sowie für Patienten und zu Pflegenden brandgefährlich, weil die Konzentration bei der Arbeit entsprechend nachlässt, wenn die Regenerationszeiten zu gering sind.

Es mag sein, dass bei Katastrophen in bestimmten Berufszweigen andere Regeln gelten müssen. Corona wird uns aber über viele Wochen oder Monate in Atem halten und die Bestimmung gilt für dreieinhalb Monate. Über einen so langen Zeitraum sind solche Arbeitsbedingungen nicht durchzuhalten. Die hier dargestellten Maßnahmen treffen viele Beschäftigte, denn sie gelten in der Produktion von existentiellen Gütern und für Dienstleistungen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Treffen wird dies insbesondere Frauen, da sie in diesen Bereichen etwa 70 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Ihre Arbeit war seither schon sehr prekär und schlecht bezahlt. Für sie steigt die Belastung enorm, da sie nach wie vor auch noch die Hauptlast der Reproduktionsarbeit tragen und zusätzlich die fehlende Kinderbetreuung und Schulschließung auffangen müssen.

Ausnahmeregelungen können in Einzelfällen sicher notwendig sein. Dann sollen aber die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften darüber entscheiden, weil sie auch die Belastungen kennen und wissen, was noch zumutbar ist und was verkräftet werden kann, ohne die Gesundheit zu schädigen.

Die Landesregierung NRW geht noch einen Schritt weiter und will sogar eine Zwangsverpflichtung von Personen mit Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen. ver.di nennt diesen Gesetzentwurf „unverhältnismäßig und verfassungswidrig“ und fordert die Rücknahme. Noch ist dieses Gesetz nicht beschlossen und kann hoffentlich auch noch verhindert werden. Das wäre eine neue Dimension der Entrechtung. Die Rechte der Beschäftigten dürfen nicht geopfert werden. Widerstand ist nötig, damit diese Ausnahmen zurückgenommen und weitere Aushöhlungen verhindert werden.

Christa Hourani
UZ vom 10. April 2020



**GESUNDHEIT
ALS WARE?**

Das ist doch krank!

V.i.S.d.P.: W. Richter, DKP, Hoffnurgäßl. 18, Essen

dkp.de **DKP**
Deutsche Kommunistische Partei



UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Den 1. Mai nicht nehmen lassen

Zur Entscheidung der NRW-Landesregierung, dass ab dem 1. Mai wieder Gottesdienste ohne zahlenmäßige Beschränkung der Teilnehmer möglich sein werden, erklärte Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), am Freitag:

Jetzt darf man wieder shoppen und ab dem 1. Mai auch zusammen in der Kirche beten – nur die Maikundgebungen des DGB bleiben abgesagt. Wenn es den Kirchen möglich ist, ihre Gottesdienste bei Einhaltung der Coronaschutzmaßnahmen zu organisieren, dann muss es auch für die Gewerkschaften möglich sein, die Maikundgebungen zu organisieren.

Sie sind dringend nötig, denn der Coronaschutz wird vielfach auf dem Rücken der Beschäftigten, vor allem auch im Gesundheitswesen, ausgetragen und als Notstandsübung missbraucht.

Deshalb unterstützt die DKP die Initiative »Heraus zum 1. Mai 2020«. **Wir dürfen uns den 1. Mai nicht nehmen lassen, auch nicht in Zeiten der Pandemie. Mit Abstand, aber auf der Straße – heraus zum 1. Mai.**



Kommt zur Mai-Kundgebung in Erlangen von 12:00 Uhr bis 15:00 Uhr am Neu- städter Kirchplatz

Am Freitag, 1. Mai 2020, werden wieder weltweit Arbeiter und Angestellte ihre Forderungen auf die Straße tragen.

Corona-Pandemie, Pflegenotstand, Betriebsschließungen, Kurzarbeit, Entlassung der Leiharbeiter, Massenarbeitslosigkeit, brennende Wälder und überfüllte Flüchtlingslager, die Probleme sind riesig und scheinen kaum noch beherrschbar.

Gerade deswegen wollen wir die Straße nicht den rechten Scharfmachern wie Pegida überlassen. Wir wollen diese Herausforderungen meistern und der Abwälzung der Krisenlasten auf uns entgegentreten. Und darüber sprechen, welche Vorstellungen wir von der gesellschaftlichen Zukunft haben.

Wir stehen am internationalen Tag der Arbeit zusammen, digital, in den sozialen Netzwerken, und auch in Erlangen von 12:00 Uhr bis 13:00 Uhr am Neustädter Kirchplatz.

Dort wurde eine Mai Kundgebung unter dem Motto ‚Trotz alledem‘ von Gewerkschaftskolleginnen und –kollegen angemeldet. Ihr habt Gelegenheit euch an der Aktion des DGB „Was bedeutet Solidarität für dich?“ mit einem Statement zu beteiligen. Einverständnis vorausgesetzt werden auch Fotos für den Upload auf die DGB und Verdi - Website gemacht.

Wir schützen die Grundrechte: Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ebenso wie das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Mit Rücksicht auf den Infektionsschutz werden wir während der Kundgebung einige Schutzmaßnahmen beachten. Und trotzdem gemeinsam den 1. Mai begehen: Solidarisch ist man nicht allein!

Wir rufen auf: Mario Bock (ver.di), Lukas Eitel, Fabiana Girstenbri, Gökhan Gündogan, Winfried Fleischmann (IGM), Werner Lutz (ver.di), Isa Paape (IG Metall, Vertrauensfrau und Betriebsrätin), Johannes Pöhlmann
Kontakt:
Winfried Fleischmann, mobil 0178 4139849, winfredo2000@gmx.de
Isa Paape, mobil 0159 05274969, paapenet@aol.com